

## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Rates am 14.09.2004, 16.30 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses

---

- Anwesende:
- a) Bürgermeister Schroh
  - b) Die Ratsmitglieder:  
Bartmann, Bittner, Bothen, Buchmann, Bückmann (ab 16.45 Uhr), Eckhardt (bis 19.35 Uhr), Eifert (ab 16.55 Uhr), Dr. Folkerts, Freßmann, Gerwers, Gilhaus, Gose, Grub, Haubitz, Henrichs, Holzwarth (bis 19.30 Uhr), Hornemann, Hovest, Kempkes, Klein, Koch, Kuhmann (bis 19.26 Uhr), Lemken, Lingk, Marose, May (ab 18.10 Uhr), Mienkuß (ab 17.05 Uhr), Oberschmidt, Ortinghaus, Oßmann, Richartz, Schulten, Schulz, Schweer, Sevenheck, Siebert, Smoczynski, Spaltmann, Spelmanns, Spsychalski, Stelzer, Stephan, Tebbe, Testrut, Theißen, Trittmacher, Ulbrich, Westkamp  
entschuldigt fehlten: Schmidt, Schweickert
  - c) von der Verwaltung: Dr. Busch, Jung, Krüger (bis 16.45 Uhr)
  - d) Schriffthührerin: Thesing

## TAGESORDNUNG:

### A) Öffentliche Sitzung

1. Billigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 29.06.2004  
-ohne Vorlage-
2. Kenntnissgabe von üpl./apl. Ausgaben  
Vorlage Nr. 675/04
3. Prüfung der Jahresrechnung 2003;  
Entlastung des Bürgermeisters  
Vorlage Nr. 684/04
4. Vorlage des Geschäftsberichtes und Prüfung des Jahresabschlusses 2003 für den ASG  
Vorlage Nr. 685/04
5. Mitgliedschaft der Stadt Wesel in der Euregio Rhein-Waal  
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 05.08.2004  
Vorlage Nr. 686/04
6. Zentrum Lackhausen  
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 30.08.2004  
Vorlage Nr. 569/03
7. Historischer Schienenverkehr (HSW)  
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 30.08.2004  
Vorlage Nr. 687/04
8. Beschwerde gemäß § 24 GO NW von Herrn Heinz Rennings über das Verhalten des Bürgermeisters in der Ratssitzung am 29.06.2004  
Vorlage Nr. 688/04
9. Beschwerde gemäß § 24 GO NW  
hier: Schäden am Wohnhaus der Frau Monika Angenendt, Weseler Straße 37  
Vorlage Nr. 689/04
10. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW  
hier: Anregung des Herrn Wolfgang Engels, gleichzeitig Antrag auf Aufstellung einer Außenbereichssatzung für einen Bereich in Ginderich-West an der Birtener Straße  
Vorlage Nr. 543/03
11. Satzung über die Anordnung der Veränderungssperre Nr. 27 – 1. Verlängerung – für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 165 a „Rosenstraße – Ost“  
Vorlage Nr. 690/04

12. 15. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wesel (Umnutzung Reitzensteinkaserne)
  - Kenntnisnahme des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung des Planentwurfs
  - Abwägung der Belange und Planbeschluss
 Vorlage Nr. 691/04
13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 7 „Mühlenweg 62 a“
  - Kenntnisnahme der Bürger- und Behördenbeteiligung
  - Billigung des Planentwurfs einschl. Begründung mit Anlagen
  - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Planentwurfs einschl. Begründung
 Vorlage Nr. 692/04
14. Vereinfachte Änderung I des Bebauungsplanes Nr. 1 Bk „Blumenkamp“  
Vorlage Nr. 693/04
15. Widmung von Straßen, Wegen und Plätzen  
Vorlage Nr. 694/04
16. Absicht der Einziehung von Teilflächen der Straße „Schüttwich“ in Wesel-Bislich  
Vorlage Nr. 695/04
17. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW  
hier: Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6 „Bahnhof“ und
  19. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren
    - Behandlung der Anregungen aus der öffentlichen Auslegung der Entwürfe
    - Satzungsbeschluss / Planbeschluss
 Vorlage Nr. 681/04
18. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW  
hier: Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Östliche Innenstadt / Bahnhofsumfeld“  
Vorlage Nr. 682/04

**Erweiterung:**

19. Verkehrssituation auf der Feldstraße  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 13.09.2004,  
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2004  
Vorlage Nr. 698/04

**B) Nichtöffentliche Sitzung**

1. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW  
hier: Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 6 „Bahnhof“  
Vorlage Nr. 680/04
2. Mitgliedschaft der Stadt Wesel in der Euregio Rhein-Waal  
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 05.08.2004  
Vorlage Nr. 686/04

**Erweiterung:**

3. Windkraftanlagen in Büderich und Ginderich  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 10.09.2004  
Vorlage Nr. 696/04
4. Verkauf des Grundstücks Am Lippeglacis – groß 7.221 qm  
Vorlage Nr. 697/04

**Beginn der Sitzung: 16. 32 Uhr**

Bürgermeister Schroh stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Er erklärt, dass vor Beginn der Sitzung folgende Tischvorlagen verteilt wurden:

- eine Stellungnahme von Herrn Wolfgang Engels zum öffentlichen Tagesordnungspunkt

**A 10 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW**

**hier:** Anregung des Herrn Wolfgang Engels, gleichzeitig Antrag auf Aufstellung einer Außenbereichssatzung für einen Bereich in Ginderich-West an der Birtener Straße

Vorlage Nr. 543/03,

- ein Antrag der SPD-Fraktion vom 14.09.2004 zum öffentlichen Tagesordnungspunkt

**A 18 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW**

**hier:** Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Östliche Innenstadt / Bahnhofsumfeld“

Vorlage Nr. 682/04,

- ein Antrag der CDU-Fraktion vom 13.09.2004 sowie ein Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2004 auf Erweiterung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt

**A 19 Verkehrssituation auf der Feldstraße**

**hier:** Antrag der CDU-Fraktion vom 13.09.2004,

Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2004

Vorlage Nr. 698/04

sowie

- ein Antrag der CDU-Fraktion vom 10.09.2004 auf Erweiterung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt

**Windkraftanlagen in Büderich und Ginderich**

**hier:** Antrag der CDU-Fraktion vom 10.09.2004

Vorlage Nr. 696/04.

Die Verwaltung schlägt die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes in nichtöffentlicher Sitzung als TOP B 3 vor.

Darüber hinaus beantragt die Verwaltung die Erweiterung der Tagesordnung um den nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt

**B 4 Verkauf des Grundstücks Am Lippeglacis – groß 7.221 qm**

Vorlage Nr. 697/04.

Die Vorlage wurde ebenfalls als Tischvorlage verteilt.

Außerdem weist Bürgermeister Schroh darauf hin, dass die Berichterstattung zum öffentlichen Tagesordnungspunkt

**A 3 Prüfung der Jahresrechnung 2003; Entlastung des Bürgermeisters**

Vorlage Nr. 684/04

der stellvertretende Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Gerwers, übernimmt, da Herr Gerwers auch die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 09.09.2004 geleitet hat.

Danach stellt Bürgermeister Schroh fest, dass keine weiteren Anträge zur Tagesordnung vorliegen und lässt über die erweiterte Tagesordnung abstimmen.

Der Rat der Stadt Wesel beschließt einstimmig die erweiterte Tagesordnung.

Vor Einstieg in die Tagesordnung weist Herr Schroh darauf hin, dass Herr Mölders von der Gemeindeprüfungsanstalt anwesend ist. Er erklärt, dass seitens der GPA in den nächsten Tagen eine Überprüfung, auch im Vergleich zu anderen Gemeinden, stattfinden wird und zeigt sich diesbezüglich optimistisch. Er hofft, dass das Ergebnis der Überprüfungen noch während seiner Amtszeit bekannt gegeben wird.

## A) Öffentliche Sitzung

1. Billigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 29.06.2004  
-ohne Vorlage-

---

Es wurden keine Änderungswünsche zu der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 29.06.2004 vorgetragen.

Der Rat der Stadt Wesel billigt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 29.06.2004.

2. Kenntnisgabe von üpl./apl. Ausgaben  
Vorlage Nr. 675/04

---

Der Rat der Stadt Wesel folgt dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasst ohne Aussprache einstimmig folgenden

### B e s c h l u s s :

Der Rat nimmt von den durch den Kämmerer genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im II. Quartal 2004 Kenntnis (Anlage 1 der Originalniederschrift).

3. Prüfung der Jahresrechnung 2003;  
Entlastung des Bürgermeisters  
Vorlage Nr. 684/04

---

Nach einer kurzen Erläuterung durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Gerwers, lässt Bürgermeister Schroh über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Rat der Stadt Wesel folgt ohne weitere Aussprache dem Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses und fasst zunächst einstimmig folgenden

### B e s c h l u s s :

1. Der Rat nimmt das im Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses vom 16.08.2004 aufgezeigte Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Wesel für das Rechnungsjahr 2003 zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt das nach § 41 (3) GemHVO festgestellte Ergebnis der Jahresrechnung 2003.

Anschließend folgen die Ratsmitglieder dem Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses und fassen einstimmig folgenden

### B e s c h l u s s :

3. Aufgrund des geprüften und festgestellten Ergebnisses der Jahresrechnung der Stadt Wesel erteilen die Ratsmitglieder dem Bürgermeister für das Rechnungsjahr 2003 gemäß § 94 (1) GO Entlastung.

4. Vorlage des Geschäftsberichtes und Prüfung des Jahresabschlusses 2003 für den ASG  
Vorlage Nr.685/04

---

Der Rat der Stadt Wesel folgt dem Beschlussvorschlag des Werksausschusses und fasst ohne Aussprache bei zwei Stimmenthaltungen einstimmig folgenden

### B e s c h l u s s :

Der Rat der Stadt Wesel stellt den Jahresabschluss des ASG für das Wirtschaftsjahr 2003, den Lagebericht und die Erfolgsübersicht fest und erteilt der Werkleitung für das Wirtschaftsjahr 2003 Entlastung. Der erwirtschaftete Gewinn in Höhe von 758.068,24 € wird wie folgt verwendet:

- Abführung von 384.000 € an die Stadt Wesel
- Zuführung von 374.068,24 € an die Rücklage für Anlagenerneuerungen

## 5. Mitgliedschaft der Stadt Wesel in der Euregio Rhein-Waal

hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 05.08.2004

Vorlage Nr. 686/04

---

Bürgermeister Schroh erläutert ausführlich die Vorlage der Verwaltung und empfiehlt an einer Mitgliedschaft in der Euregio Rhein-Waal festzuhalten.

Nach Auffassung von Frau Eckhardt geht aus dem Bericht bisher nicht hervor, welche Mittel tatsächlich aufgrund der Mitgliedschaft Wesels in der Euregio geflossen sind. Außerdem nimmt sie Bezug auf den letzten Abschnitt der Vorlage und bezweifelt, dass Vereinsvorständen, der gewerblichen Wirtschaft, Abteilungen der Stadtverwaltung, Kirchen und anderen potenziellen Projektträgern die Möglichkeit Förderanträge zu stellen, hinreichend bekannt ist. Eine Information der potenziellen Projektträger sollte deshalb schnellstmöglich nachgeholt werden. Sie hält es namens der SPD-Fraktion für wünschenswert, bei der Stadtverwaltung eine Stelle einzurichten, die mit diesen Angelegenheiten betraut wird.

Herr Hovest unterstützt die Ausführungen von Frau Eckhardt und erklärt, die SPD-Fraktion erwarte, dass die Verwaltung bei nächster Gelegenheit eine Person für diese Aufgaben benennt.

Herr Koch ist dagegen der Meinung, dass es bereits zahlreiche Stellen (bei Kreisverwaltung und Euregio) gibt, die bei der Antragstellung helfen und erinnert die Personalsituation der Verwaltung.

Darüber hinaus bemängelt er die von der Verwaltung aufgestellte Liste. Seines Erachtens sind die Projekte nicht aufgrund der Mitgliedschaft der Stadt Wesel in der Euregio, sondern aufgrund der Mitgliedschaft des Kreises Wesel gefördert worden.

Er sieht die Mitgliedschaft als Investition in die Zukunft, z.B. in Bezug auf NFN, sollte dieser überregional in die Niederlande hineinwirken und Kleve sich beteiligen.

Für Frau Homemann ist entscheidend, dass die Verwaltung darauf aufmerksam macht, dass es die Euregio gibt, welche Projekte gefördert werden können und wer antragsberechtigt ist.

Daraufhin erklärt Herr Schroh, dass das Team 11 (Teamleitung: Herr Klein-Hitpaß) für diese Förderungen zuständig ist und die Verwaltung in diesem Bereich keineswegs untätig ist. Außerdem finden Zusammenkünfte in der Verwaltung unter Einbeziehung aller Fachbereiche statt, die bei der Verteilung von Euregio-Mitteln behilflich sein könnten. Herr Hermen (Teamleitung 46 – Stadtwerbung und Touristik), der der niederländischen Sprache mächtig ist, wird ebenfalls stark mit einbezogen, ebenso wie Herr Zache (Teamleitung 54 – Schule und Sport). Er sichert zu, sich weiterhin für die Euregio einzusetzen und daran zu arbeiten, dass jedermann um diese Fördermöglichkeit weiß.

Herr Spelmans zeigt sich zuversichtlich im Hinblick auf eine Förderung der Historischen Rathausfassade und spricht sich namens der CDU-Fraktion dafür aus, weiterhin Mitglied der Euregio Rhein-Waal zu bleiben.

Frau Westkamp spricht sich namens der SPD-Fraktion ebenfalls dafür aus, an der Mitgliedschaft festzuhalten und verstärkt darüber nachdenken, welche Mittel noch in die Stadt Wesel gelenkt werden können.

Der Rat der Stadt Wesel nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

## 6. Zentrum Lackhausen

hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 30.08.2004

Vorlage Nr. 569/03

---

Bürgermeister Schroh erklärt, dass sich aus den Gesprächen mit den Investoren drei herauskristallisiert haben, die nachvollziehbar auch Betreiber genannt haben. Derzeit findet eine Aufarbeitung statt, so dass letztlich ein Investor genannt werden kann. Er bedauert, dass die Vorstellung des Investors aufgrund der Wahlkampfphase nicht bis zum 01.10. erfolgen wird, hofft aber auf die Vorstellung noch in diesem Jahr (Oktober).

Ferner erläutert er, dass mit dem PSV Lackhausen weiterhin Gespräche hinsichtlich einer einvernehmlichen Lösung geführt werden, um einen vollwertigen Ersatz zu schaffen, ohne den PSV in irgendeiner Form stark in Anspruch zu nehmen. Mit der erwarteten Unterstützung von Verwaltung und Politik kann auch dort demnächst eine vernünftige Lösung präsentiert werden.

Herr Hovest stimmt Herrn Schroh dahingehend zu, dass es mehrere Investoren für den Bau gibt, diese jedoch keinen Ankermieter haben. Ohne einen Ankermieter wird jedoch kein Investor in Lackhausen bauen. Gespräche mit den möglichen Investoren haben ergeben, dass diese weder in Lackhausen noch anderswo investieren werden, solange die Angelegenheit Kaufland nicht geklärt ist. Darüber hinaus ist für Herrn Hovest klar, dass der PSV eine Verlegung, Erweiterung o.ä. etc. nicht alleine stemmen kann und an dieser Stelle die Hilfe des Rates gefragt ist. Er kündigt deshalb an, dass die SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen konkrete Vorschläge dazu machen wird. Seines Erachtens ist dem PSV nur zu helfen, wenn der Rat über 2 oder 3 Jahre Rücklagen bildet, um am Molkereiweg eine Lösung finden und finanzieren zu können.

Herr Spelmanns nimmt Bezug auf die Bürgerversammlung und erklärt, dass es auf eine finanzielle Unterstützung des PSV hinauslaufen wird. Er zeigt sich optimistisch, dass das Projekt in den nächsten Monaten bewältigt wird.

Herr Koch wiederholt seine Ausführungen aus der Bürgerversammlung, dass die Gesamtsumme, die der Sportplatz und die Begleitmaßnahmen erfordert, bald beziffert werden muss, damit die Dimensionen abgeschätzt und bei den Haushaltsplanberatungen berücksichtigt werden können.

Frau Westkamp appelliert, die Kaufland-Entscheidung noch einmal zu überdenken, um die Situation für die Ortsteile –insbesondere Lackhausen- nicht erheblich zu verschlechtern.

Für Herrn Spychalski stellt sich die Frage, warum der Rat nicht einen der drei ernsthaft interessierten Investoren auswählen kann.

Nach ausgiebiger Diskussion nimmt der Rat die Ausführungen zur Kenntnis.

## 7. Historischer Schienenverkehr (HSW)

hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 30.08.2004

Vorlage Nr. 687/04

Bürgermeister Schroh betont, dass der Historische Schienenverkehr unabhängig von einem Bahnhofprojekt diesen Standort hätte verlassen müssen und sich dessen auch bewusst ist. Über eine Lösung wird gemeinsam mit dem Historischen Schienenverkehr nachgedacht. Dazu finden Gespräche mit der Bahn und mit der BEG statt. Er äußert die Hoffnung, zu gegebener Zeit einen der vier zur Zeit im Gespräch befindlichen Standorte präsentieren zu können.

Herr Spelmanns sieht das Gesamtprojekt Bahnhof einschließlich Historischer Schienenverkehr. Er ist der Auffassung, dass auch der HSW in Gefahr ist, sollte am Bahnhof nichts geschehen. Da er den HSW für eine unverzichtbare Attraktion für Wesel hält, hat die CDU-Fraktion ihre volle Unterstützung zugesagt.

Herr Hovest verweist auf die im Mai von Herrn Michelbrink geführten Gespräche mit der Bundesbahn und dem Historischen Schienenverkehrs, die zum Ergebnis hatten, dass mit der Bundesbahn keine finanzierbaren Lösungen möglich sind. Er erkundigt sich danach, welche Veränderungen seitdem eingetreten sind, die nun doch eine finanzierbare Lösung möglich machen. Die SPD-Fraktion hat, seinen Ausführungen zufolge, die große Sorge, dass der Historische Schienenverkehr das erste Opfer des Kaufland-Projektes sein wird.

Herr Koch bemängelt, dass nicht einmal Vereine und Anlieger an den Planungen beteiligt werden und dadurch Verunsicherung entsteht und zahlreiche Fragen (Aufstellflächen, Längen, Kosten, Beschaffenheit des Geländes etc.), die vor einer vorläufigen Unterbringung geklärt sein müssen, nach wie vor ungeklärt sind. Für Herrn Koch ist entscheidend, wo der Historische Schienenverkehr und damit die Tourismus- und Kulturförderung dauerhaft untergebracht und entwickelt werden kann. Die entscheidende Frage liegt nicht darin, wo Provisorien geschaffen werden können.

Für Herrn Eifert ist entscheidend, ob die Stadt Wesel dieses Instrumentarium überhaupt nutzen möchte (Standortfrage). Sollte dem so sein, ist heute dafür Vorsorge zu treffen. Problematisch dabei ist, dass die Kosten der zur Diskussion stehenden Standorte weder für den Verein noch für die Verwaltung darstellbar sind. Außerdem schließt er nicht aus, dass sich auch Nachbargemeinden für den Historischen Schienenverkehr interessieren und deshalb eine Abwanderungsgefahr besteht. Deshalb spricht er sich für ein klares Votum in dieser Angelegenheit aus.

Herr Spelmans betont daraufhin, dass allseits deutlich gemacht wurde, den Historischen Schienenverkehr in der Stadt Wesel unterstützen zu wollen. Er sieht den HSW als Teil des Gesamtprojektes Bahnhof und ist davon überzeugt auch für diesen Teil eine Lösung zu finden.

Herr Hovest kritisiert namens der SPD-Fraktion, dass es kein belastbares Gesamtprojekt Bahnhof (keine Verträge über den Tunneldurchstich, keine Zusagen von Land und Bundesbahn etc.) gibt und mit Kaufland –neben der negativen Auswirkungen auf die Innenstadt- etwas übers Knie gebrochen wird ohne alle anderen Fragen, die in das Gesamtprojekt Bahnhof gehören, zunächst zu lösen.

Der Rat nimmt die Ausführungen zu Kenntnis

8. Beschwerde gemäß § 24 GO NW von Herrn Heinz Rennings über das Verhalten des Bürgermeisters in der Ratssitzung am 29.06.2004  
Vorlage Nr.688/04

---

Bürgermeister Schroh erklärt, dass der Beschwerdeführer über die Ausführungen in der Vorlage von der Verwaltung in Kenntnis gesetzt wird.  
Hierüber herrscht unter den Ratsmitgliedern Einvernehmen.

Der Rat nimmt Kenntnis.

9. Beschwerde gemäß § 24 GO NW  
hier: Schäden am Wohnhaus der Frau Monika Angenendt, Weseler Straße 37  
Vorlage Nr. 689/04

---

Nach kurzer Aussprache nimmt der Rat der Stadt Wesel Kenntnis.

10. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW  
hier: Anregung des Herrn Wolfgang Engels, gleichzeitig Antrag auf Aufstellung einer Außenbereichssatzung für einen Bereich in Ginderich-West an der Birtener Straße  
Vorlage Nr. 543/03

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung eine Tischvorlage nachgereicht.

Bürgermeister Schroh erläutert zunächst ausführlich die Vorlage der Verwaltung und betont, dass es baurechtlich völlig ausgeschlossen ist, dem Antrag zu entsprechen.

Herr Eifert bemängelt die Vorgehensweise in dieser Angelegenheit. Er ist der Auffassung, dass in die Verträge eingearbeitet werden könnte, dass ein Teil der Wertschöpfung an die Stadt abgeführt werden muss, sollte es sich doch um ein Spekulationsobjekt handeln. Er schlägt deshalb vor, die Beschlussfassung zurückzustellen und noch einmal zu überprüfen, ob sich eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung finden lässt.

Auch Herr Henrichs ist der Meinung, die Verwaltung solle sich noch einmal mit der gesamten Materie befassen und versuchen, dem Antragsteller zu helfen.

Frau Hornemann beantragt namens der SPD-Fraktion, die Angelegenheit noch einmal an den Ausschuss für Stadtentwicklung zu geben, mit der Bitte, ein entsprechendes Satzungsverfahren durchzuführen. Die Satzung muss dann der Bezirksregierung zur Genehmigung vorgelegt werden. Sollte diese dann abgelehnt werden, hat der Antragsteller zumindest die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen.

Herr Spelmans erklärt, dass aufgrund einer Außenbereichssatzung die Möglichkeit gesehen wurde, das Bauvorhaben des Antragstellers zu ermöglichen. Die Bezirksregierung wird die Verwirklichung dieses Bauvorhabens im Außenbereich jedoch nicht genehmigen. Da bereits ein ablehnender Bescheid der Bezirksregierung vorliegt, erscheint es Herrn Spelmans auch nicht sinnvoll, die Angelegenheit zurückzustellen und erneut darüber zu beraten.

Herr Richartz macht auf einen gleich gelagerten Fall in Bislich aufmerksam und kündigt an, diesen Antragsteller ggf. aufzufordern, es Herrn Engels gleich zu tun.

Herr Koch stimmt der Verwaltung zu und lehnt es ebenfalls ab, erneut über diese Angelegenheit zu beraten.

Herr Schweer macht ebenfalls auf einen gleich gelagerten Fall in Obrighoven (Underbergsheide) aufmerksam und kündigt an, diesen Eigentümer ggf. aufzufordern, es Herrn Engels gleich zu tun.

Bürgermeister Schroh betont ausdrücklich, dass eine Genehmigung an dieser Stelle im Außenbereich nicht möglich ist und ein weiterer Kontakt mit der Bezirksregierung nicht erfolgversprechend ist. Deshalb wird eine Ablehnung ergehen, gegen die der Rechtsweg offen steht.

Unter diesen Voraussetzungen schließt sich auch Herr Hovest der von Bürgermeister Schroh vorgeschlagenen Vorgehensweise an.

Darauffin empfiehlt Herr Schroh, dass der Antragsteller einen Antrag auf Erteilung eines rechtsmittelfähigen Bescheids stellt (Bauvoranfrage ist ausreichend). Gleichzeitig rät er dazu, keinen Rechtsanwalt einzuschalten, da der Rechtsweg keinen Erfolg haben wird. Er sichert zu, diesbezüglich mit dem Antragsteller zu sprechen.

Nach Beendigung der Diskussion fasst der Rat bei 5 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich folgenden

**B e s c h l u s s :**

Der Rat der Stadt Wesel nimmt die Anregung, gleichzeitig Antrag auf Aufstellung einer Außenbereichssatzung zur Kenntnis, sieht sich jedoch nach Würdigung der Rechtslage, der landesplanerischen Vorgabe sowie der Ziele der Stadtentwicklung nicht in der Lage, der Anregung / dem Antrag zu entsprechen. Die geforderte Außenbereichssatzung wird nicht aufgestellt.

11. Satzung über die Anordnung der Veränderungssperre Nr. 27 – 1. Verlängerung – für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 165 a „Rosenstraße – Ost“  
Vorlage Nr. 690/04

Der Rat der Stadt Wesel folgt dem Beschlussvorschlag des Ausschusses für Stadtentwicklung und fasst ohne Aussprache einstimmig folgenden

**B e s c h l u s s :**

Der Rat der Stadt Wesel beschließt nach Abwägung, ob anstelle einer Veränderungssperre bereits auf anderer Rechtsgrundlage ein die künftigen Festsetzungen des Bebauungsplanes beeinträchtigendes Vorhaben verhindert werden kann, zur Sicherung der Planung für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 165 a „Rosenstraße – Ost“ die Satzung über die Anordnung der Veränderungssperre Nr. 27 – 1. Verlängerung – der Stadt Wesel in der Niederschrift als Anlage beigefügten Fassung.

12. 15. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wesel (Umnutzung Reitzensteinkaserne)  
- Kenntnisnahme des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung des Planentwurfs  
- Abwägung der Belange und Planbeschluss  
Vorlage Nr. 691/04

Der Rat der Stadt Wesel folgt dem Beschlussvorschlag des Ausschusses für Stadtentwicklung und fasst ohne Aussprache einstimmig folgenden

**B e s c h l u s s :**

Der Rat der Stadt Wesel nimmt das Ergebnis der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 15. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Kenntnis und beschließt nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander

- die vorgebrachten Anregungen gemäss Stellungnahmen der Verwaltung zu behandeln,
- die 15. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Erläuterungsbericht und Anlage gemäss § 5 Baugesetzbuch.

Die Verwaltung wird beauftragt,

- das Prüfungsergebnis mitzuteilen,
- für die Planänderung die Genehmigung gemäss § 6 Baugesetzbuch zu beantragen,
- die Erteilung der Genehmigung ortsüblich bekannt zu machen.

13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 7 „Mühlenweg 62 a“
- Kenntnisnahme der Bürger- und Behördenbeteiligung
  - Billigung des Planentwurfs einschl. Begründung mit Anlagen
  - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Planentwurfs einschl. Begründung
- Vorlage Nr. 692/04

---

Der Rat der Stadt Wesel folgt dem Beschlussvorschlag des Ausschusses für Stadtentwicklung und fasst nach kurzer Aussprache bei 3 Gegenstimmen und 10 Stimmenthaltungen einstimmig folgenden

**B e s c h l u s s :**

Der Rat der Stadt Wesel nimmt das Ergebnis der Bürger- und Behördenbeteiligung zur Kenntnis, billigt den heute vorgelegten Planentwurf einschließlich Begründung und beschließt,

- die vorgebrachten Belange gemäss Stellungnahme der Verwaltung zu behandeln,
- den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 7 „Mühlenweg 62 a“ einschl. Begründung gemäss § 3 Abs. 2 BauGB auf die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen,
- den Teil des rechtswirksamen Bebauungsplanes Nr. 22 a „Am Mühlenweg“, der durch den vorhabenbez. Bebauungsplan Nr. 7 überlagert wird, zwecks Aufhebung gleichzeitig öff. auszulegen.

14. Vereinfachte Änderung I des Bebauungsplanes Nr. 1 Bk „Blumenkamp“
- Vorlage Nr. 693/04

---

Der Rat der Stadt Wesel folgt dem Beschlussvorschlag des Ausschusses für Stadtentwicklung und fasst ohne Aussprache einstimmig folgenden

**B e s c h l u s s :**

Der Rat der Stadt Wesel billigt das vorab durchgeführte Verfahren, nimmt das Ergebnis der Bürger- und Behördenbeteiligung zur Kenntnis und beschließt nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander

- die aus der Bürgerbeteiligung vorgebrachten Anregungen gemäss Stellungnahme der Verwaltung zu behandeln
- die vereinfachte Änderung I des Bebauungsplanes Nr. 1 Bk „Blumenkamp“ als Satzung gem. § 10 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NW und die Begründung.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Einwendern das Abwägungsergebnis mitzuteilen und diesen Beschluss ortsüblich bekannt zu machen.

15. Widmung von Straßen, Wegen und Plätzen
- Vorlage Nr. 694/04

---

Der Rat der Stadt Wesel folgt dem Beschlussvorschlag des Ausschusses für Stadtentwicklung und fasst ohne Aussprache einstimmig folgenden

**B e s c h l u s s :**

Der Rat der Stadt Wesel beschließt, die folgenden Verkehrsflächen als Gemeindestraße im Sinne des § 3 Abs. 4 StrWG NRW dem öffentlichen Verkehr gemäß § 6 StrWG NRW zu widmen:

**Giselastraße**

Straßenverkehrsfläche „Giselastraße“ (im Lageplan kariert gekennzeichnet), Gemarkung Wesel, Flur 22, Flurstücke 806, 1249 und 1248 teilweise.

Beschränkung und Fußläufigkeit und nichtmotorisierten Fahrverkehr für die mit R+F gekennzeichneten Flächen.

16. Absicht der Einziehung von Teilflächen der Straße „Schüttwich“ in Wesel-Bislich
- Vorlage Nr. 695/04

---

Herr Gerwers erklärt, dass auf Seite 2 der Vorlage ein Weg eingezogen und vom öffentlichen Wegenetz abgekoppelt werden soll, auf dem noch ein privates Gebäude steht (Schüttwich 13). Deshalb spricht er sich dafür aus, die Beschlussfassung zurückzustellen.

Bürgermeister Schroh sichert eine Klärung der Angelegenheit durch Herrn Klessa zu und stellt die Beschlussfassung im Einvernehmen mit den Ratsmitgliedern zurück.

17. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW

hier: Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6 „Bahnhof“ und 19. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren

- Behandlung der Anregungen aus der öffentlichen Auslegung der Entwürfe
- Satzungsbeschluss / Planbeschluss

Vorlage Nr. 681/04

Herr Hovest untermauert ausführlich die Auffassung der SPD-Fraktion und stellt fest:

1. Es gibt kein Gesamtprojekt Bahnhof, vielmehr wird lediglich das Projekt Kaufland vorangetrieben. Alle anderen Fragen (der öffentlichen Förderung, der Parkplätze, des Tunneldurchstichs und des Historischen Schienenverkehrs) sind nach wie vor nicht geklärt.
2. Es wird eine Sogwirkung entstehen und die Zahl der Leerstände wird in ungeahntem Maße zunehmen.
3. Namhafte Unternehmen warnen die Stadt Wesel vor den negativen Auswirkungen.
  - Auch die Verträge mit dem Interessenten für die Nahversorgung an der Reitzensteinkaserne sind aufgrund des Kaufland-Projektes gescheitert.
  - Die möglichen Betreiber in Lackhausen erklären deutlich, keine Entscheidung zu treffen, bevor die Entwicklung um Kaufland nicht abzusehen ist.
  - Andere Projekte werden deshalb nicht realisiert, weil in Sachen Nahversorgung Lackhausen noch keine Entscheidung getroffen worden ist (z.B. der Bau des Seniorenwohnheims in Lackhausen).

Da die negativen Auswirkungen auf den Standort Wesel –schwerpunktmäßig in der Innenstadt, aber auch ausstrahlend auf die Stadtteile Fusternberg, Lackhausen und Feldmark- in der Summe so negativ sind, hält die SPD-Fraktion an ihrer ablehnenden Haltung fest.

Herr Spelmans hält es für müßig, erneut in die Gesamtdiskussion einzusteigen und betont, dass die CDU-Fraktion an ihrer Auffassung festhält, dass das Bahnhofsumfeld auf Grundlage des vorliegenden Beschlusses verbessert werden muss. Außerdem hält er diesen Kaufland-Standort für geeigneter als an der Stadtgrenze, da in diesem Fall ganze Käuferströme in andere Richtungen fahren würden und der vollständige Verlust der Kaufkraft zu beklagen wäre.

Herr Lemken hält diesen Beschluss für eine schwerwiegende Fehlentscheidung, die die Zukunftsfähigkeit der gesamten Stadt in Frage stellen wird und lehnt diesen Beschluss deshalb ab.

Auch Herr Eifert hält die Auswirkungen dieses Projektes nach wie vor für innenstadtschädlich und sieht namens der FDP-Fraktion keinen Grund von der im Haupt- und Finanzausschuss getätigten Beschlussfassung abzuweichen.

Frau Westkamp ist ebenfalls der Auffassung, dass durch das Kaufland-Projekt die Kaufkraft abnehmen wird und Leerstände zunehmen werden mit der Folge, dass sich auch die Lage des Einzelhandels und damit die Arbeitsplatzsituation erheblich verschlechtern wird.

Bürgermeister Schroh erklärt, dass sich Kaufland an irgendeinem Standort im Umfeld Wesels ansiedeln wird und sich eine Ansiedlung z.B. in Voerde in hohem Maße schädlich auf die Stadt Wesel auswirken wird. Deshalb hält er Kaufland in einer Innenstadtrandlage für sinnvoller und für eine gute Lösung für den Bahnhof.

Frau Hornemann weist darauf hin, dass der Lebensmitteleinkauf bzw. die Deckung des täglichen Bedarfes ihres Erachtens kein „Einkaufserlebnis“ darstellt und man dazu nach Oberhausen oder Duisburg fährt. Deshalb ist es unerheblich, ob Kaufland sich an der Stadtgrenze oder in einer Nachbargemeinde ansiedelt, er zieht lediglich mit dem Standort Bahnhof aus der direkten Umgebung im Lebensmittelbereich Käuferschichten ab. Sie ist überzeugt, dass durch das Fernbleiben der „Lebensmittelkäufer“ in der Innenstadt auch das „Einkaufserlebnis“ leidet.

Nach Beendigung der Diskussion fasst der Rat der Stadt Wesel bei 26 Ja- und 23 Nein-Stimmen mehrheitlich folgenden

**B e s c h l u s s :**

Der Rat genehmigt die gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW vom Haupt- und Finanzausschuss am 13.07.2004 getroffene Dringlichkeitsentscheidung:

Namens des Rates der Stadt Wesel nimmt der Haupt- und Finanzausschuss das Ergebnis der öffentlichen Auslegung der Entwürfe des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 6 „Bahnhof“ sowie der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Kenntnis und beschließt in Kenntnis des Durchfüh-

- 1) die vorgebrachten Anregungen gemäss Stellungnahme der Verwaltung zu behandeln;
- 2) den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 6 „Bahnhof“ gemäss § 10 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung NW als Satzung;
- 3) die Entscheidungsbegründung zum Bebauungsplan im Sinne des § 9 Abs. 8 BauGB;
- 4) die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes einschl. Erläuterungsbericht gemäss § 54 BauGB.

Die Verwaltung wird beauftragt,

- den Einwendern das beschlossene Abwägungsergebnis mitzuteilen;
- den Satzungsbeschluss vor dem Wirksamwerden der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes ortsüblich bekannt zu machen und damit in Kraft zu setzen, da nach dem Stand der Planungsarbeiten anzunehmen ist, dass der Bebauungsplan aus dem künftigen Darstellungen des Flächennutzungsplanes entwickelt sein wird;
- die Genehmigung gem. § 6 BauGB der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes zu beantragen;
- die Erteilung der Genehmigung durch die Bezirksregierung ortsüblich bekannt zu machen.

#### 18. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW

hier: Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Östliche Innenstadt / Bahnhofsumfeld“  
Vorlage Nr. 682/04

---

Frau Homemann erläutert den als Tischvorlage nachgereichten Antrag der SPD-Fraktion vom 14.09.2004 und bittet darum, bei dem Beschluss, den Bereich zugrunde zu legen, der in der ursprünglichen Plananlage der Vorlage zum TOP A 8 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.07.2004 dargestellt war.

Obwohl der SPD-Antrag für Bürgermeister Schroh nachvollziehbar ist, empfiehlt er, um arbeitsfähig zu bleiben, dem Beschlussvorschlag der heutigen Vorlage zu folgen. Er sichert jedoch eine Erweiterung des Geltungsbereiches zu, sollte sich im Laufe des Verfahrens herausstellen, dass diese sinnvoll ist.

Nach Beendigung der Diskussion lässt Bürgermeister Schroh über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der Rat der Stadt Wesel folgt dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasst bei 28 Ja- und 20 Nein-Stimmen mehrheitlich folgenden

#### **B e s c h l u s s :**

Der Rat genehmigt die gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW vom Haupt- und Finanzausschuss am 13.07.2004 getroffene Dringlichkeitsentscheidung:

Namens des Rates der Stadt Wesel beschließt der Haupt- und Finanzausschuss, für den Bereich „Östliche Innenstadt / Bahnhofsumfeld“, wie er in der Plananlage, die Bestandteile dieses Beschlusses ist, umgrenzt ist,

1. die Einleitung des Verfahrens über die förmliche Festlegung als Sanierungsgebiet gem. § 142 Abs. 1 BauGB
2. die Durchführung des vereinfachten Sanierungsverfahrens gem. 142 Abs. 4, 1. Halbsatz BauGB.

#### 20. Verkehrssituation auf der Feldstraße

hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 13.09.2004,  
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2004  
Vorlage Nr. 698/04

---

Die Tagesordnung wurde zu Beginn der Sitzung um diesen Tagesordnungspunkt erweitert.

Zunächst erläutern Herr Spelmanns und Herr Hovest die Anträge ihrer Fraktion (Tischvorlage).

Herr Lemken unterstützt den Antrag der SPD-Fraktion.

Frau Siebert ist ebenfalls der Auffassung, dass die Kübel schnellstmöglich abgeräumt werden sollten.

Bürgermeister Schroh erklärt, dass die Verwaltung sich Gedanken gemacht hat, ob es sinnvoll ist, erneut eine Befragung der Anwohner vorzunehmen und zu dem Ergebnis gekommen ist, von einer weiteren Befragung abzusehen. Da die Meinung der Bürger aufgrund zahlreicher Bürgerversammlungen bereits bekannt ist, sollten die Kübel entfernt und über eine andere Lösung nachgedacht werden.

Nach ausführlicher Diskussion lässt Bürgermeister Schroh über den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion, die Kübel schnellstmöglich abzuräumen, abstimmen.

Der Rat der Stadt Wesel fasst bei 30 Ja-Stimmen und 18 Stimmenthaltungen einstimmig folgenden

**B e s c h l u s s :**

Die Kübel auf der Feldstraße werden schnellstmöglich abgeräumt.

Vor Beendigung des öffentlichen Teil der Sitzung, dankt der stellvertretende Bürgermeister, Herr Hautbitz, im Namen aller Ratsmitglieder Herrn Bürgermeister Schroh für seine Arbeit im Rat und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

**Ende der öffentlichen Sitzung: 19.22 Uhr**